

Die Zeit

Halle'sche Neueste Nachrichten ♦ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Zeitung“ erscheint an jedem Montag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch Post beträgt 1.60 Reichsmark, durch Einzelverkauf 1.40 Reichsmark, durch die Post 2.10 Reichsmark u. 40 Pfennige Zustellgebühr. Schluss der Abrechnung: Jeden Freitag vormittags. Die Zeitungen werden nach Kolonial-Zonen berechnet, die Zelle 0.25 Reichsmark.

Die Anzeigen, die im gleichen Quartal in der „Mitteldeutschen Zeitung“ erscheinen, besondere Ermäßigung. Verlagsort: Halle, Lindenpromenade 1 a. O. Verlagsnummer 7431. Druck-Verlag: „Gesellschaft Halle“. Halle-Verlag: Banthaus Leipzig 10. Druck-Verlag: Halle. Postfach-Nr. 22015. Verlagsnummer: 6. Zeitungs-Nr. 60.

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

Anfolge der ausgescherten Verhandlungen des Reichstagskomitees nehmen die Enttäuschungen unter den Abgeordneten zu. Einzelne Abgeordnete müßten bereits morgens um 9 Uhr im haldelspolitischen Ausschuß sein und können das Reichstagsgebäude erst um 11 Uhr nachts nach Schluß der Plenarsitzung verlassen. Abgeordnete Dr. Meißel hat jetzt täglich acht bis neun Schwächeanfalle der Abgeordneten zu bezeichnen.

Die Obstruktion der Kommunisten im Reichstag soll, nach der „Neuen Presse“ der Auftakt zu einer Wandlungsbewegung des deutschen Volkstages sein. Für Sonntag wird wieder in Berlin 9 Verhaftungen gegen die Reichsregierung, Lutter-Stresemann einberufen, gleiche Kundgebungen leben im ganzen Reich bevorzugen. Von Interesse ist, daß die Sozialdemokraten ihr Bündnis mit den Kommunisten, das die letzte Freiheitsdemonstration in Berlin zeigte, wieder aufgeben wollen. Die Verhandlungen am Sonntag sind rein kommunalistisch.

Die Eisenbahnerbewegung greift auf das ganze Reich über. Auch in den Direktionsbezirken Königsberg, Altona und Köln haben hartnäckige Eisenbahnerabteilungen beschlossen, die überhöhten Forderungen mit allen gewerkschaftlichen Mitteln zu erzwingen. Und in Berlin hat der Zentralvorstand der Gewerkschaften beschlossen, die Sache der Eisenbahner zur Sache der Gewerkschaften zu machen und entsprechend zu unterstützen.

Wie die Londoner Daily Mail erzählt, ist der letzte Bericht des Generalstabes für Deutschland den Rückgang der deutschen Gesamtproduktion seit Antritt des Dawesplans um 22,6 Prozent zu.

In der Stadtverordnetenversammlung des Industriestortes Hamburg hat Duisburg erklärte die Stadtverwaltung, daß durch die Stilllegung der „Berge“ Rheinpreußen und durch die Arbeitsverhältnisse in den umliegenden Werken die Stadt Hamburg finanziell so schwer getroffen sei, daß sie den hiesigen Beamten für den Monat August nur das halbe Gehalt zahlen könne.

In Verfassungen mit dem Minister der öffentlichen Arbeiten ist die Gehaltssteigerung der Arbeiter des Generalstabes eine Vollerhöhung von 15 Prozent. Der Minister hat 5 Prozent an. Die Firma Klingling bewilligte den Arbeitern eine Vollerhöhung von 8 Prozent.

Der japanische Gesandter und der Minister der Äußeren Angelegenheiten sind in London einen neuen deutsch-japanischen Handelsvertrag.

Auch Japan hat keine Steuerkämpfe. Sie haben gestern auf so schweren Meinungsverschiedenheiten im Kabinett geführt, daß die Regierung zurückgetreten ist.

„Evening Times“ melden aus Tokio: Der Ausbruch des Reiches biligte endlich die Aufrechterhaltung der Versammlungen bis zur Erledigung des Streikfalls mit China. In ganz Japan hat ein Wortlaut der chinesischen Werten eingeleitet.

Die Lage in China ist wieder sehr ernst. Die Chicago Tribune“ meldet, die Lage in Shanghai habe sich zu einem Kampf auf Leben und Tod gegen die Engländer entwickelt. Die arktischen Dramatikerinnen hätten vergebens alle Mittel zur Beilegung des Streiks erschöpft. Der Hafenverkehr rufe völlig, viele ausländische Firmen beabsichtigen die Ausreise ihrer Niederlassungen in Shanghai. Der englische Konsul hat eine Reg. l. u. n. auch auf Sonntag kommen Nachrichten über neue blutige Zusammenstöße in Amoy.

Verstärkte Regimentsabteilungen treffen gestern in Haiti auf gelegenen Balken des Schiffes von Mahabarak an. Der Kapitän hat den Anführer des Aufstandes getötet, die am Freitag den Vasa Mahabarak gesteuert hatten, wurde nach einem schweren Kampf genommen. Die verbliebenen Truppen verloren sechs Tote, während die Araber hundert Tote hatten. — „Weltfrieden“!

Wie die Londoner Daily Mail“ meldet, hat der britische Kabinett die Verhandlung der verurteilten Führer des englischen Militärgouverneurs in Arabien abgelehnt. Die Hinrichtungen der Verurteilten werde in kommenden Woche erfolgen.

Aus Kairo hat heute ägyptische Regierungsbotschaft nach Deutschland abgelehnt. Ihre Reise bezweckt die Stilllegung des britischen Konsulats und des britischen Konsulats. In Kairo und Alexandria sollen große Kundgebungen und Aufmärsche abgelehnt werden.

Ausweisung aus Polen.

Trotz aller Bemühungen der deutschen Regierung ist es nicht gelungen, die polnische Staatsregierung von ihrer grausamen Ausweisungspolitik der deutschen Öpananten abzubringen. Die Zahl der deutschen Öpananten, die im 1. August des polnische Staatsgebiet verlassen müssen, beträgt rund 20.000 Personen; davon sind in den letzten Tagen etwa 7000 Personen schon abgewandert.

Die Zahl der deutschen Öpananten, die zur Abwanderung gezwungen bis zum 1. November haben, weil sie in den Gebieten von Festungen und in den Grenzgebieten Grundbesitz haben, beträgt 2500. Der Rest der deutschen Öpananten, die größeren Grundbesitz haben, müssen bis zum 1. Juli 1926 abwandern, ihre Zahl beträgt rund 4500. Die Abwandernden bestehen zum größten Teil aus kleinen Landwirten, Landarbeitern und Handwerkern.

Eine besondere Härte bei der Vertreibung aus der Heimat liegt darin, daß dadurch vielfach die Familien gänzlich auseinander gerissen werden. Leute haben zum großen Teil nicht für die Ausweisung optiert, sind also Polen geworden, während die jüngere Generation jetzt ohne ihre Verwandten in die Fremde abwandern muß. Zu bedauern ist ebenfalls die Tatsache, daß die Öpananten wegen der hohen Transportkosten ihr Vieh nicht mitnehmen können und es zu jedem Preise abgeben müssen.

Sturz der polnischen Währung.

Die Bank von Polen hat gestern zu dem offiziellen Goldgehalt von 2,15 Zloty für den Dollar die gestrichelte Marke nur zum Teil befreit können, so daß es während des Tages

zu erheblichen Umflüssen im freien Fußnotenverkehr kam, wo der Dollar bis zu 5,70 Zloty gehandelt wurde.

Das Sinken des Zlotus wird von den Abendblättern sehr erregt besprochen.

Der von Polen unendlich vom Zaun gebrochene Zloty mit Deutschland rächt sich.

„Oberpfälzen und Westpreußen — Danzig waren immer polnisch.“

Im Institut of Politics in Williamstown (Massachusetts) hielt der polnische Außenminister Graf Strömsti einen Vortrag über die Sicherheitsfrage, in dem er u. a. ausführte:

„Der Befreiung der Westmark durch Polen mußte die Regelung der Sicherheitsfrage für Polen vorausgehen. Der deutsch-französische Sicherheitspakt mußte sich auf die polnische Westpreußen und Oberpfälzen beziehen. Polen habe bereits einmal den Versuch gemacht, die Sicherheitsfrage vor die Sicherheitsfrage zu stellen, und dieser Versuch sei gescheitert. Diese Erfahrung habe Polen im 18. Jahrhundert gemacht.“

Damit dem Eingreifen der Vereinigten Staaten gebe es jetzt in Europa keine deutsche Gefahr mehr, doch könne Polen jedoch feindliche Bestrebungen zu diesem Nachbarland nicht bestehen, weil Deutschland Gebietsverluste annehme, die früher zu Deutschland gehörten hätten, die jedoch immer polnisch gewesen seien. Polen sei nicht militärisch, aber die Danziger Korridor aufzugeben.

Die Franzosen beginnen

Das Pariser „Journal Off.“ veröffentlicht eine Verordnung, von der schon etwas verlautete und die dahingehet, daß die Einfuhr von Kohle und Holz deutschen Ursprungs nach Frankreich einer besonderen Genehmigung unterliegt.

Aus der Verordnung ergibt sich also, daß diese Maßnahme ausschließlich gegen Deutschland gerichtet ist. Bei der Unterbrechung der deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen haben aber der Staatssekretär Trenkel und der französische Handelsminister Chaumet durch gegenseitigen Notenwechsel die Wahrung getroffen, daß jede der beiden Parteien es unterlassen würde, auf die Dauer der Unterbrechung der Vertragsverhandlungen irgendwelche Maßnahmen zu treffen, die sich ausschließlich oder in der Hauptsache gegen den Handel des anderen Landes richten.

Die neue Verordnung der französischen Regierung stellt demnach einen eklamanten Bruch dieser Abmachung durch die Franzosen dar.

Essen geräumt.

Nach den letzten Meldungen hat heute vormittag um 9 Uhr der letzte französische Soldat Essen verlassen.

Aus Mülheim (Ruhr) wird gemeldet: Die in vollem Gang befindlichen Vorbereitungen der Besetzungstruppen lassen baldige Räumung der Stadt erwarten. In den letzten Tagen haben mehrerezüge mit Kriegsmaterial, darunter allein 17 Züge, die Bahnhöfe verlassen.

Unbefriedigbare Positionen sehen in der Räumung der Besetzungswilligen Frankreichs. Allein schon der obige Vertragsbruch in Wirtschaftsbereich beweist erneut das Gegenteil. Was bisher von der französischen Staatsregierung zur Sicherheitsfrage verlautet, wird eine weitere Wiederholung des unheilbaren Friedensoptimismus sein.

„Mit Juderbrut und Peitsche!“ scheint demnach der Grundgedanke Frankreichs gegenüber Deutschland zu sein. Aber auch das ist noch zu optimistisch; Das Juderbrut der Räumung wird uns nicht unentwegend gewährt. Der Grund liegt beim Frankreich, liegt bei England, und vor allem Amerika. Frankreich fürst, wenn der Franz. West- und England und Amerika über den Front in der Hand und beide wollen nicht, daß Frankreich gar zu mächtig in Europa wird.

Wie ängstlich den Franzosen die Währungsfrage ist, zeigen die jetzigen Schuldenerhandlungen in England. Schon heißt es immer: „Hinterher, hinterher, hinterher.“ Die beiden Spitzen der französischen Regierung, würden in Kürze höchstwahrscheinlich nach London reisen.

Frankreichs Marokkanische Friedensliebe.

Wie wenig friedlich und wie rein militärisch Frankreich auch anderen gegenüber gekommen ist, zeigt Marokko. Abd el Krim ist zu Friedensverhandlungen bereit unter der Voraussetzung der Unabhängigkeit des Rif. Aber die französische Regierung treibt ein merkwürdiges Spiel mit der Friedensfrage. Zunächst leugnet sie offiziell, überhaupt von Friedensbereitschaft Abd el Krims zu wissen. Durch die Presse aber läßt sie gleichzeitig verlauten, daß Abd el Krim sich, nach einer Unterbrechung der Unabhängigkeit des Rif, kommt also gar nicht in Frage. Natürlich hat Frankreich offiziell in Marokko nur die allerersten Absichten. Bei einem Frühstich zu Ehren der ersten

zwölf freiwilligen amerikanischen Kampfflieger für Marokko hat das der Ministerpräsident Rouleux gestern wieder einmal sehr schön aus einandergelesen.

Es sei das erlaucht, daß sich die westeuropäische und die amerikanische Zivilisation gemeinsam gegen die Zivilisation des Islams wende. Es handle sich für Frankreich, das augenblicklich der Soldat dieser westlichen Zivilisation sei, nicht darum, Repressalien auszuüben, sondern darum, diese westliche Zivilisation aufrecht zu erhalten. Frankreich verteidige in Afrika nur die Sache, die ihm anvertraut ist.

Das klingt wunderbar. Wer's glaubt, der glaubt's. Selbst die französischen Sozialisten, die doch gemäßigt sind, Internationalisten, sondern einem echt französisch-robustem Nationalismus huldigen, sind anderer Auffassung. Gestern hielten sie zusammen mit englischen und spanischen Sozialisten eine Sitzung in Paris, in der beschlossen wurde, Frieden zu verlangen, die Anerkennung der Unabhängigkeit des Rif, Grenzberichtigung zwischen Abd el Krims und folgende Einstellung der Kämpfe zu verlangen. Die internationale öffentliche Meinung soll gegen den Marokkotreue mobilisiert werden.

Die Gefahr eines neuen Weltkrieges.

Sehr schön deutlich kam das, was mit niedrigem Tönen von Frankreichs Friedensliebe halten, in einer Rede zum Ausdruck, die jochen der Amerikaner S. Frederic Maurice vor dem polnischen Institut in Williamstown (U. S.) über das Räumungs- und Abrüstungsproblem hielt:

„Er stelle sich, daß ein neuer Weltkrieg unermesslich sei, wenn sich die Staaten Europas nicht verständigen würden. Frankreich, England, Italien und Polen seien unerschütterlich ihre Pflichten fort. Wenn die Verständigung in der Abrüstungsfrage scheitern sollte, werde es dahin kommen, daß die europäischen Staatsmänner durch Militärdiktatoren ersetzt würden.“

Der Wallländer „Globe“ meldet, daß die italienische Justizminister bei allgemeiner Räumung europäischer Staaten um 23 Gewandern vermehrt werden soll. Die Vorlage lege bereits dem Kabinett vor.

Berufsständische Sozialversicherung oder Volksfürsorge?

Von Paul Krellmann.

In dem Entwurf eines neuen Parteiprogramms, dem die Sozialdemokratie vor einigen Tagen der Öffentlichkeit vorgelegt hat, wird u. a. auch wieder der Umbau der Sozialversicherung zu einer allgemeinen Volkfürsorge gefordert. Diese Forderung ist in diesem Entwurf die Partei, denn die Sozialdemokratie übernimmt bei jeder Gelegenheit einen Vorstoß, um den berufsständischen Aufbau der Sozialversicherung, für den sie bisher die Deutschnationale mit vollem Erfolg eingeleitet haben, zu hintertreiben. Fast bei jeder sozialpolitischen Debatte im Reichstags und bei jeder Beratung eines Sozialversicherungsgesetzes haben sich Deutschnationale und Sozialdemokraten gegenüber. Auf der einen Seite die Vertreter des berufsständischen Gedankens, die die Eigenart jedes Berufes auch in der Forderung der Sozialversicherung gewahrt wissen wollen, und auf der anderen Seite die Vertreter der Gleichmacherei, die sogar die Unterschiede zwischen den einzelnen Arbeiterkategorien leugnen zu können glauben.

Daß die Sozialdemokratie die Ausdehnung ihres Bemühens, die Sozialversicherung zu einer allgemeinen Volkfürsorge umzugestalten, noch nicht eingeleitet hat, beweist die Tatsache, daß sie ihre alte Forderung wieder mit in ihr neues Parteiprogramm aufgenommen gewillt ist. Es ist deshalb die größte Wohltat, wenn, zumal jetzt im Gegenlicht zur Sozialdemokratie lebende Kreise die Forderung dieser Forderung nicht zu begreifen scheinen, um die berufsständischen Bestrebungen der Sozialdemokratie vorläufig zu lassen, indem sie ebenfalls der Vereinheitlichung der Sozialversicherung den Weg zu bahnen suchen.

Auch der 29. Deutsche Krankentagesrat, der kürzlich in München tagte, hat, und der allerdings hier unter sozialdemokratischer Leitung stand, stellte in einer Entschließung die Behauptung auf, daß die Krankenversicherung auf berufsständischer Grundlage die Leistungsfähigkeit der Krankentassen und damit die Volkswirtschaft aus der Gefahr befreie. Die bereits gemachten Erfahrungen haben jedoch, soweit es sich um die schweren Zeiten der deutschen Sozialversicherung, nämlich in der Inflationszeit, konnten wir erleben, daß die Krankentassen auf berufsständischer Grundlage am leistungsfähigsten waren, während die allgemeinen Krankentassen, die vorwiegend unter sozialdemokratischer Führung stehen, fastliche Zustände in Anspruch nehmen mußten, obwohl ihre Beiträge höher waren als die der berufsständischen Krankentassen. Damals wurde der schlaueste Beweis für die Minderleistung des berufsständischen Sozialversicherungswesens, die berufsständische Sozialversicherung, erbracht.

Was der Sozialdemokratie und ihren bürgerlichen Nachbarn vornehmlich, würde eine ungeheure Verstaatlichungsapparate erfordern und eine Belastung des Staates mit sich bringen, der bisher auf lange Zeit hinaus nicht gewagt ist. Schon jetzt wird aus den Verhältnissen der Sozialversicherung, bei jedem sozialpolitischen Gekoch der Gewand, haben, daß die Wirtschaft eine weitere soziale Belastung nicht zu tragen vermöge, und daß deshalb ein Abbau als ein Aufbau der Sozialpolitik zu erfolgen habe. Diese Abbau würden bei der Verstaatlichung der Sozialversicherung noch größer, und das dann naturgemäß noch erditterter werdende Ringen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern würde die in unermesslicher wachsende soziale Last noch mehr verbreitern und sich zu einem ungeheuren Schaden für Volk und Vaterland auswirken.

Sozialpolitik werden wir immer treiben müssen! Aber mit harter Arbeit und auf viele Eide! Eine allgemeine Volkfürsorge, wie sie von der Sozialdemokratie als agitatorischen Gründen gefordert wird, ist unmöglich. Der deutsche Staat — erst recht nicht in seiner heutigen, von der Sozialdemokratie mit verschuldeten Lage — kann eine solche weitgehende Fürsorge nicht durchführen. Geheßen kann denen, die der sozialen Fürsorge bedürftig, nur werden, wenn auf den Bahnen, wie sie schon zu Kolonialzeiten Zeiten begangen worden sind, weiter geschritten wird, d. h. auf der Grundlage der Eigenart jedes Berufes, seines und Förderung der verschiedenen Sozialversicherungen, wie sie sich historisch entwickelt haben, Förderung aber auch der Selbsthilfeeinrichtungen, die von den Berufsorganisationen geschaffen worden sind.

Der englische Bergarbeiterstreik.

London, 31. Juli. Nachdem die Lage in der Kohlenindustrie schon abends als bereits hoffnungslos betrachtet worden war, ist am Donnerstag infolge des Morgens Kalbmins eine neue Wendung eingetreten. Man hofft jetzt, daß der Generalstreik doch noch vermindert werden wird. Von 10 bis 11 Uhr nachts hatte Kalbmin im Arbeitsministerium Konferenzen mit den Vertretern der Arbeiter und Arbeitgeber abgehalten, bei denen ihm der Schatzminister Arthur

